

Niederschrift

über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, dem 23.11.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesenheit:

**stimmberechtigte Mitglieder**

Wobbe, Ludger Vorsitz  
Klaus, Markus Vertretung für Holtkamp, Stefan  
Haselkamp, Anneliese  
Danielczyk, Ralf  
Zanirato, Enrico  
Dropmann, Wolfgang  
Mühlenbäumer, Sarah  
Schäpers, Margarete  
Kiekebusch, Heiner  
Wortmann, Jens  
Schlütermann, Christoph  
Rotterdam-Peters, Claudia  
Otte, Marion  
Münsterkötter-Boer, Simone

**beratende Mitglieder**

Klüber, Antje, Dr.  
Melchert, Thorsten  
Renners, Sebastian  
Brockmann, Inga Vertretung für Nitz, Andreas  
Keikert, Eva-Maria Vertretung für Lülff, Annegret  
Zumegen, Pina  
Henke, Beate  
Rahn, Hilke

**Verwaltung**

Schütt, Detlef  
Tübing, Bernd  
Beck, Elke  
Hoschke, Carolin  
Bröker, Judith Schriftführung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertretung der Verwaltung, die Presse und die Zuhörenden.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Vorsitzender Wobbe verpflichtet die beratenden Mitglieder Hilke Rahn und Pina Zumegen.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Kennzahlen-Vergleich der KGSt zu den Erziehungs- und Eingliederungshilfen  
Vorlage: SV-10-1072
- 2 Antrag auf Weiterfinanzierung des psychologischen Beratungsangebotes KOMPASS des Bunten Kreises Münsterland e.V. für den Kreis Coesfeld  
Vorlage: SV-10-1094
- 3 Kindergartenbedarfsplanung 24/25  
Vorlage: SV-10-1061
- 4 Notfallpläne bei Personalausfall in Kindertageseinrichtungen
- 5 Entwurf Haushalt 2024  
Vorlage: SV-10-1090
- 6 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Im nichtöffentlichen Teil lagen keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-10-1072

**Kennzahlen-Vergleich der KGSt zu den Erziehungs- und Eingliederungshilfen**

Vorsitzender Wobbe betont die besondere Relevanz der Teilnahme an dem Kennzahlenvergleich aufgrund der aktuellen und noch zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung.

Es sei bereits vor Jahren festgelegt worden, dass das Kreisjugendamt sowohl hinsichtlich der Falldichte als auch hinsichtlich der Kosten im Mittelfeld der Vergleichsgruppe liegen solle, erläutert die stellvertretende Jugendamtsleitung Beck. Dieses Ziel sei grundsätzlich auch erreicht worden. Lediglich bei den Kosten der Eingliederungshilfen für Minderjährige liege das Kreisjugendamt geringfügig über dem KGSt-Median.

Obwohl es im Bereich der Hilfen zur Erziehung für Minderjährige im Vergleich zum Vorjahr zu Steigerungen von Falldichte und Kosten gekommen sei, werde der KGSt-Median nach wie vor unterschritten. Bei den Hilfen zur Erziehung sowie den Eingliederungshilfen für Volljährige konnten die Kosten und die Fallzahldichte gegenüber dem Vorjahr sogar reduziert werden.

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-10-1094

**Antrag auf Weiterfinanzierung des psychologischen Beratungsangebotes KOMPASS des Bunten Kreises Münsterland e.V. für den Kreis Coesfeld**

Dezernent Schütt legt zusammenfassend dar, weshalb das Beratungsangebot des Bunten Kreises der Kinder- und Jugendhilfe zuzuordnen ist. Das entsprechende Gutachten dazu sei im Abschlussgespräch mit dem Projektbeirat und den Ministerien bereits mündlich vorgestellt worden.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation werde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die vom Träger beantragte Erhöhung der Mittel abzulehnen.

**Beschluss:**

Das Projekt „Kompass – Psychologische Beratung für Familien mit zu früh geborenen, chronisch und schwer kranken Kindern, Kindern mit Behinderungen und Familien mit Krisen rund um die Geburt“ wird ab dem 01.04.2024 weiterhin pauschal mit 17.500 € jährlich gefördert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-10-1061

**Kindergartenbedarfsplanung 24/25**

Sowohl Vorsitzender Wobbe als auch Kreistagsabgeordnete Schäpers stellen die im landesweiten Vergleich grundsätzlich sehr gute Versorgung mit Kita-Plätzen im Kreisjugendamtsbezirk heraus. Diese sei das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von Kreis, Kommunen und Trägern von Kindertageseinrichtungen. In Konsequenz führe eine hohe Anzahl an Plätzen aber auch zu hohen Kosten, die zu diesem Zweck jedoch in Kauf zu nehmen seien.

Kreistagsabgeordneter Dropmann erkundigt sich nach den noch bestehenden Ausbaubedarfen insbesondere im Ortsteil Nottuln-Appelhülsen. Jugendamtsmitarbeiterin Bröker erläutert in diesem Zusammenhang, dass das Kreisjugendamt mit der Gemeinde Nottuln diesbezüglich in intensiven Gesprächen sei, um eine dauerhafte Lösung in Appelhülsen zu schaffen. Allerdings seien hier insbesondere noch baurechtliche Fragen offen. Für das kommende Kita-Jahr werde daher eine ortsteilübergreifende Interimslösung zum Tragen kommen.

**Beschluss:**

Der Sachstandsbericht zur Kindergartenbedarfsplanung 24/25 wird zur Kenntnis genommen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung wird mit der politischen Begleitung der Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025 beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 öffentlicher Teil****Notfallpläne bei Personalausfall in Kindertageseinrichtungen**

Vorsitzender Wobbe erläutert, dass der Tagesordnungspunkt auf Antrag von Herrn Zanirato aufgenommen worden sei. Dieser berichtet, dass es in einigen Kindertageseinrichtungen zuletzt vermehrt zu kurzfristigen Betreuungseinschränkungen gekommen sei. Insbesondere die Kurzfristigkeit solcher Maßnahmen stelle Eltern vor enorme Herausforderungen. Hier wäre es wünschenswert, wenn es Notfallpläne zur einheitlichen Vorgehensweise geben würde.

Herr Schlütermann erläutert diesbezüglich, dass es bei der geschilderten Situation um ein strukturelles Problem der Kindertagesbetreuung handele, welches auf kommunaler bzw. auf Kreisebene nicht zu lösen sei. Es bedürfe einer gesicherten Finanzierung, um mehr Personal vorhalten zu können, sofern dies in Anbetracht des Fachkräftemangels überhaupt zu finden sei. Weiterhin müssten auf Landesebene die Standards zumindest übergangsweise angepasst werden, um die Betreuung verlässlich zu ermöglichen. In der aktuellen Situation sei viel Verständnis seitens der Eltern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie der Öffentlichkeit gefragt. Er versichert, dass alle Beteiligten sehr bemüht

seien, die Betreuung soweit wie möglich aufrecht zu erhalten. Doch es sei auch spürbar, dass das Personal bereits sehr stark belastet sei. Dadurch steige das Risiko, dass dieses ebenfalls ausfalle oder sich andere Betätigungsfelder suche. Darüber hinaus komme der Bildungsauftrag der Einrichtungen zu kurz, was sich sicherlich in der Bildungsbiographie dieser „Kita-Generation“ niederschlagen werde. Kreistagsabgeordnete Schäpers macht deutlich, dass die Situation trägerübergreifend in allen Kommunen ähnlich sei. Das Verständnis der Elternschaft sei nicht immer bzw. nicht mehr gegeben. Viele würden zunächst an sich selber denken und entsprechende Forderungen an die Kitas stellen. In den Einrichtungen gäbe es jedoch keine Kapazitäten, um auf jeden Einzelfall Rücksicht zu nehmen. Dies bestätigt Frau Münsterkötter-Boer. Der Frust sei bei allen Beteiligten nachvollziehbar groß. Im Umgang mit der aktuellen Situation seien jedoch Eltern und Träger gleichermaßen in der Verantwortung. Häufig gebe es in den Einrichtungen solche sogenannten Notfallpläne. Wichtig sei es, diese entsprechend auch an die Elternschaft zu kommunizieren, um Transparenz zu schaffen oder nach Möglichkeit gemeinsam mit der Elternschaft Lösungen zu entwickeln. Herr Melchert ergänzt, dass es sich bei diesen Notfallplänen eigentlich um sogenannte Stufenpläne handele, die bestimmte Maßnahmen für bestimmte Situationen vorsehen würden. Diese gelte es seitens des Trägers auch in den demokratischen Gremien der Kita insbesondere mit dem Elternbeirat abzustimmen bzw. zu kommunizieren. Frau Zumegen berichtet als Vertreterin des Jugendamtselternbeirates, dass in vielen Fällen diese Stufenpläne den Eltern durchaus bekannt seien. Das Problem sei, dass oft jedoch die unterste Stufe bereits erreicht sei. Aufgrund der vorgeschriebenen Personalstandards sei es jedoch so gut wie unmöglich, dass die Situation aufgelöst werden könne. Zwar hätten diese Standards grundsätzlich ihre Berechtigung zur Sicherstellung einer guten Qualität der frühkindlichen Bildung, jedoch müsste hier in der aktuellen Krisensituation mehr Flexibilität gegeben sein. Kreistagsabgeordneter Kiekebusch fordert ergänzend, dass Eltern sich darüber hinaus in diesen Situationen solidarisch unterstützen sollten, um übergangsweise private Kinderbetreuung zu organisieren.

Kreistagsabgeordneter Klaus fasst zusammen, dass die genannten Punkte zwar nachvollziehbar sein, jedoch nicht in diesem Gremium diskutiert werden könnten, da keinerlei Handlungsspielraum bestehe. Die Diskussion führe zu keinem Ergebnis und solle daher besser auf den Elternabenden in den Einrichtungen geführt werden. Vorsitzender Wobbe resümiert, dass ein solcher Austausch in diesem Gremium dennoch die Wichtigkeit der Thematik hervorhebe und zu einem Erkenntnisgewinn führe.

Nachtrag: Die Thematik wird als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung der AG 78 Kindertagesbetreuung aufgenommen.

## **TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-10-1090

### **Entwurf Haushalt 2024**

Vorsitzender Wobbe und Dezernent Schütt weisen darauf hin, dass die Haushaltsplanung 2024 gewisse Risiken beinhalte, die mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag in Kauf genommen würden. Diese seien auch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der kreisjugendamtsangehörigen Kommunen so kommuniziert worden, berichtet Dezernent Schütt. Insbesondere im Bereich der erzieherischen Hilfen sowie im Bereich der Kindertagesbetreuung lägen mittlerweile Erkenntnisse vor, die bei einer erneuten Haushaltsaufstellung zum jetzigen Zeitpunkt zu höheren Defiziten führen würden. Mit sinkenden Kosten sei in 2024 nicht zu rechnen. Eine weitere Steigerung der Jugendamtsumlage sei von den Kommunen jedoch nicht gewünscht gewesen. Ein etwaiges höheres Defizit sei dann im Zweifelsfall zu einem späteren Zeitpunkt von den Kommunen zu begleichen, so Kreistagsabgeordneter Dropmann.

Herr Wortmann merkt an, dass es in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht selbstverständlich sei, dass eine Dynamisierung der Mittel des Kinder- und Jugendförderplans vorgenommen worden sei. Dies sei durch die Träger dieser Angebote positiv zu bewerten.

Kreistagsabgeordnete Schäpers lobt außerdem die positive Entwicklung bei der Bearbeitungsdauer von Elterngeldanträgen, die im Rahmen der letztjährigen Haushaltsdebatte intensiv diskutiert worden war. Dezernent Schütt berichtet dazu, dass die Bearbeitungsdauer der Elterngeldanträge zuletzt stets unter dem landesweiten Durchschnitt gelegen haben. Lediglich im letzten Monat habe sie aufgrund von Krankheitsfällen beim Personal der Elterngeldstelle leicht oberhalb des Durchschnittswertes gelegen. In den nächsten Monaten sei für die Kennzahl der Bearbeitungsdauer keine Vergleichbarkeit gegeben. Die Elterngeldstellen in Südwestfalen seien aufgrund eines Hackerangriffes derzeit nicht arbeitsfähig, sodass die durchschnittliche Bearbeitungsdauer nicht mehr vergleichbar sein werde.

### **Beschluss:**

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2024 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und Teilfinanzplänen mit den jeweiligen Finanzmittelüberschüssen bzw. Finanzmittelfehlbeträgen der Produktgruppen

#### **im Budget 2**

Produktgruppe	ab Seite
51.10 Prävention und Regelangebote	256
51.20 Hilfen zur Erziehung	267
51.30 Sonstige Leistungen	275

einschließlich der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Seit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2024 am 18.10.2023 haben sich zum Teil geänderte Finanzmittelbedarfe ergeben. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, folgende Änderungen zu berücksichtigen. Erläuterungen hierzu sind der Sachdarstellung in dieser Sitzungsvorlage zu entnehmen:

#### **im Budget 2**

Produktgruppe 51.30 Sonstige Leistungen

Ansatz Finanzmittelüberschuss bzw. –fehlbetrag gem. Haushaltsentwurf:	- 48.283.825 €
Neuer Ansatz Finanzmittelüberschuss bzw. –fehlbetrag gem. Haushaltsentwurf:	- 48.303.825 €

#### **Anmerkung:**

Die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses gegenüber dem Haushaltsplanentwurf vom 18.10.2023 anerkannten Ansätze werden in einer Änderungsliste zusammengestellt und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung / Kreisausschuss / Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	14
Nein:	0

Enthaltung:	0
-------------	---

## TOP 6 öffentlicher Teil

### Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Vorsitzender Wobbe teilt mit, dass sich in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die AG 78 erzieherische Hilfen vorstellen werde. Dies geschehe auf Vorschlag der SPD-Fraktion.

Weiterhin wird der Termin für die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung auf den 05.03.2024 um 16:30 Uhr festgesetzt. Ein Ort wird mit der entsprechenden Einladung bekannt gegeben.

Dezernent Schütt verliest folgende Mitteilungsvorlage:

### Finanzierung von Kindertageseinrichtungen

Mit Pressemitteilung vom 19.09.2023 teilte Ministerin Josefine Paul mit, dass die Landesregierung – vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers - die freien Kita-Träger mit Überbrückungshilfen und einem erhöhten Ansatz für die KiBiz-Pauschalen unterstützen wird.

Es sei geplant den Ansatz der für 2024/25 geplanten KiBiz-Pauschalen auf fast zehn Prozent zu erhöhen. Ergänzend sei zur Abfederung der bereits zuvor spürbaren finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses eine einmalige Überbrückungshilfe von 100 Millionen Euro für die Freien Träger geplant. Eine Auszahlung dieser Mittel ist nach Verabschiedung und Bekanntgabe des Haushaltes 2024 für Anfang 2024 geplant. Eine Verteilung der Mittel soll nach ministeriellem Erlass vom 15.11.2023 anhand von fachbezogenen Pauschalen auf Grundlage und anteilig der Anzahl und Höhe der Kindpauschalen der freien Träger erfolgen, die zum Stichtag 15.03.2023 gegenüber dem Land angemeldet worden sind.

Die jeweiligen Aufschläge auf die Kindpauschalen gestalten sich wie folgt und führen zu Aufschlägen von etwa rund 1,73 % der bisherigen Kindpauschalen:

Gruppenform	Aufschlag auf die Kindpauschalen
Ia	115,69 €
Ib	155,59 €
Ic	199,63 €
IIa	246,85 €
IIb	332,15 €
IIc	426,06 €
IIIa	90,33 €
IIIb	122,04 €
IIIc	177,37 €
KmB U3	413,53 €
KmB U3 IIc	465,12 €
KmB Ü3	397,91 €

Für das Kreisjugendamt Coesfeld werden anhand der zum 15.03.2023 gemeldeten Kindpauschalen rund 1,37 Mio. EUR erwartet.

## TOP 7 öffentlicher Teil

### Anfragen der Ausschussmitglieder

Kreistagsabgeordnete Schäpers fragt an, ob das Thema der Elternbeiträge für die Angebote der Kindertagesbetreuung in einer der nächsten Sitzungen erneut besprochen werden könne. Die Teilnehmenden hätten sich seinerzeit darauf verständigt, dass dieses Thema im nächsten Jahr insbesondere mit der Zielsetzung einheitlicher Kostenbeiträge im Kreisjugendamtsbezirk Coesfeld sowie in den Stadtjugendämtern Dülmen und Coesfeld erneut erörtert werden solle. Gegebenenfalls werde die SPD-Fraktion einen entsprechend Antrag stellen. Dezernent Schütt erläutert in diesem Zusammenhang, dass die Beitragsstufen bereits vereinheitlicht worden seien, lediglich die Beitragshöhe weiche teilweise noch geringfügig voneinander ab. Vorsitzender Wobbe bittet die Verwaltung dieses Thema mit den Stadtjugendämtern Dülmen und Coesfeld zu besprechen, damit demnächst ein entsprechender Tagesordnungspunkt behandelt werden könne.

Herr Melchert weist die Teilnehmenden auf die Veranstaltung der 100. Sitzung der AG78 Jugendarbeit hin. Diese findet am Montag, den 11.12.2023 um 17:00 Uhr im Jugendzentrum Vivo in Senden statt. Er lädt die Teilnehmenden herzlich ein.

Hinweis: Aufgrund der hohen Zahl der Teilnehmenden findet die Sitzung der AG78 nicht wie angekündigt in Senden, sondern in Lüdinghausen auf der Burg Vischering statt.



Wobbe  
Ausschussvorsitzender



Bröker  
Schriftführerin